

Arbeitsbögen Klassen 5 und 6

Politik

Politische Parteien in Deutschland

- › In vielen Artikeln deiner Tageszeitung tauchen die Namen politischer Parteien auf. Suche so viele in Deutschland existierende Parteien wie möglich heraus und schreibe sie auf. Finde heraus, was die Abkürzungen bedeuten.

PARTEIABKÜRZUNG	VOLLSTÄNDIGE BEZEICHNUNG
SPD	

Politische Parteien in Deutschland

Wirbel um Wahlplakate mit CDU-Mitarbeitern

Polizeivertreter: Wir sind nicht die Garnitur für Wahlprogramme

BERLIN Die CDU hält trotz des Wirbels um Wahlplakate mit Mitarbeitern der Partei als Darsteller einer Polizistin oder einer Krankenschwester an den geplanten Motiven fest. Die Plakate sollten als Grundausrüstung für die Wahlkämpfer in den sechs bis sieben Wochen vor der Bundestagswahl am 26. September natürlich weiterhin eingesetzt werden, hieß es gestern in Berlin. In den sozialen Medien hatten Nutzer zuvor mit Kritik und Häme darauf reagiert, dass die CDU Mitarbeiter als Darsteller verschiedener Berufsgruppen eingesetzt hatte.

Von Polizisten-Vertretern gab es Kritik, aber auch Lob für die Kampagne und ein besonders umstrittenes Motiv, auf dem eine Mitarbeiterin der Parteizentrale eine Polizistin darstellt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek, sagte der „Bild“-Zeitung: „So wie Polizisten nicht in Uniform auf Parteiversammlungen gehen dürfen, sollten Parteien auch nicht mit Fake-Polizisten in unserem Outfit für sich werben.“ Er ergänzte: „Wir sind für alle Bürger da, nicht die Garnitur für Wahlprogramme, auch nicht die von Polizeifreunden. Ohne Begleittext ‚Achtung! Wahlwerbung!‘ kann das auch strafbar sein.“

Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), Joachim Lenders, teilte dagegen mit: „Es ist gut, dass die CDU die Anliegen von Polizistinnen und Polizisten in den Mittelpunkt ihrer Pla-



Stein des Anstoßes: Auf dem Plakat, das Paul Ziemiak hier präsentiert, ist eine CDU-Mitarbeiterin zu sehen. Foto: imago/future image

katkampagne rückt.“ Die Beamten verdienen Anerkennung. Er begrüße ausdrücklich, dass die CDU dies zum zentralen Thema mache.

Der SPD-Bundestagskandidat und Vorsitzende des Bundes deutscher Kriminalbeamter, Sebastian Fiedler, twitterte auf seinem privaten Account: „Eine echte Polizistin hätte es gar nicht sein dürfen. Besser über den ‚Inhalt‘ streiten!“

Grünen-Chef Özdemir nimmt es gelassen

Der Grünen-Bundestagsabgeordnete und frühere Grünen-Chef Cem Özdemir twitterte: Dass Paul Ziemiak nicht auf Paparazzi gemacht und einfach Menschen auf der Straße abfotografiert habe, sondern Mitarbeiter, „finde ich aber eher beruhigend als verwerflich“.

Die Polizisten-Darstellerin auf einem der Wahlplakate (Schriftzug: „Mit Sicherheit. Deutschland gemeinsam machen.“) ist die Co-Chefin von CDU-Connect,

Clara von Nathusius. CDU-Connect ist eine von der Parteizentrale und dem Unions-Nachwuchs von der Jungen Union ins Leben gerufene freiwillige Unterstützerkampagne, die unter anderem online den Haustürwahlkampf der CDU organisiert.

Aus der CDU hieß es gestern, man freue sich, dass so viele Mitglieder, Mitarbeiter und Unterstützer bereit gewesen seien, „für die CDU Flagge zu zeigen und sich vom Bodensee bis Flensburg plakatieren zu lassen“.

Ziemiak hatte bei der Vorstellung der Kampagne unter dem Motto „Deutschland gemeinsam machen“ die Entstehung der Plakate erklärt und begründet. So habe man die Fotos zu einer Zeit gemacht, als es noch mehr Einschränkungen durch die Corona-Pandemie gegeben habe als derzeit. Das Anliegen, niemanden zu gefährden und die Kampagne in dem Personenkreis zu machen, der ohnehin zusammen arbeite und getestet sei, „war uns ein wichtiges Anliegen.“ dpa

NOZ, 08.07.2021t

Politische Parteien in Deutschland

Wer kommt in den Landtag?

Am Wochenende wird in drei Bundesländern gewählt / Wir erklären dir, was diese Wahlen bedeuten

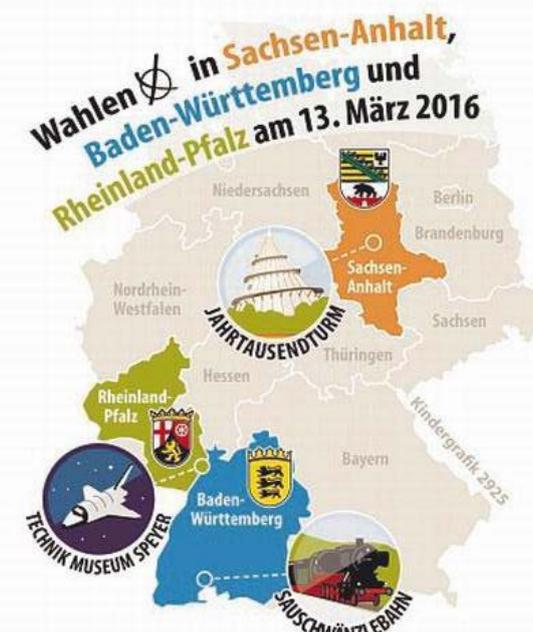
Für deutsche Politiker ist der 13. März ein wichtiger Tag. Dann werden sie erfahren, was viele Leute von der Politik ihrer Partei halten. An diesem Tag wählen in drei Bundesländern die Menschen einen neuen Landtag: in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Hier erfährst du einiges rund um Landtagswahlen:

WAS IST EIN LANDTAG?

Ein Landtag ist ein Gebäude in der Hauptstadt eines Bundeslandes. Dort arbeiten viele Politiker, etwa von der CDU, SPD und den Grünen. Deutschland hat 16 Bundesländer. Jedes dieser Länder hat einen Landtag, nur heißt er dort manchmal anders.

DER BUNDESTAG WIRD GEWÄHLT, UND DANN AUCH NOCH LANDTAGE. WIESO?

„Der Bundestag entscheidet über Dinge, die für ganz Deutschland von großer Bedeutung sind. Zum Beispiel über Außenpolitik, über Verteidigungspolitik, aber auch über unsere Steuergesetze“, sagt Wilfried Klenk. Er ist Präsident des Landtags von Ba-



den-Württemberg. Die Landtage sind hingegen für Bereiche wie Bildungspolitik, Naturschutz und Polizei zuständig.

Der Bundestag wird alle vier Jahre gewählt. Die meisten Landtage werden alle fünf Jah-

re gewählt. „Der Bundestag darf von allen Deutschen gewählt werden“, erklärt Wilfried Klenk. Die Landtage nur von denen, die in dem Bundesland wohnen.

WARUM SIND DIE WAHLEN

FÜR DIE MENSCHEN IN DEN BUNDESLÄNDERN WICHTIG?

„Sie haben damit die Möglichkeit zu entscheiden, welche Partei ihre Wünsche im Landtag vertreten soll“, sagt Fachmann Michael Wehner.

Gibt es genug Wählerstimmen für eine politische Gruppe, darf sie im Landtag mitarbeiten. Diese Politiker werden Abgeordnete genannt. Denn die Parteien und die Wähler haben sie abgeordnet, ihre Vorstellungen im Landtag zu vertreten. Nach der Wahl geht es natürlich auch darum, dass eine Regierung zustande kommt. Dafür spielt es eine Rolle, wie viele Stimmen eine Partei bekommen hat.

WAS MACHEN DIE POLITIKER IM LANDTAG?

Die Politiker im Landtag wählen zum Beispiel den Regierungschef ihres Bundeslandes. Sie machen Gesetze und kontrollieren die Regierung.

Wichtige Entscheidungen im Landtag können zum Beispiel die Bildungspolitik betreffen: Es geht dann etwa darum, welche Schularten es gibt.

Heidmarie Pütz

mhn, 12.03.2016

Politische Parteien in Deutschland

Das Thema

Was passiert bei der Wahl?

Vom 23. bis zum 26. Mai wird in Europa gewählt / Wir haben häufige Fragen und Antworten zusammengefasst

Von Philipp Brandstädter

Mehr Freiheit, mehr Sicherheit, mehr Umweltschutz. Auf Wahlplakaten kann man gerade überall lesen, wie das Leben in Europa in Zukunft aussehen soll. Politische Parteien werben dabei mit ihren Ideen für sich. Kürzlich tauschten sich außerdem viele Politiker bei einem Treffen in Rumänien aus. Der Grund: Die Menschen in der Europäischen Union (abgekürzt: EU) wählen bald ihr Parlament. Wir erklären euch, was dabei genau passiert.

WORUM GEHT ES BEI DER WAHL?

Alle fünf Jahre können die Bürger der EU ihr Parlament wählen. Die EU ist eine Gemeinschaft von 28 Ländern in Europa. Ihr Parlament vertritt die Interessen der EU-Bürger. Eine weitere Aufgabe: Das Parlament entscheidet über europäische Gesetze.

WER GEHT WÄHLEN?

Wie die gemeinsame Zukunft in Europa aussehen soll, wollen viele Leute mitbestimmen.



Alle wahlberechtigten Bürger können deshalb zwischen dem 23. und dem 26. Mai wählen. Die Menschen aus Deutschland wählen am 26. Mai. Dort dürfen alle mit-

machen, die folgende Kriterien erfüllen: Sie müssen 18 Jahre oder älter sein, länger als drei Monate in Deutschland oder in einem anderen EU-

Land leben und im Verzeichnis ihrer Gemeinde eingetragen sein.

WIE WIRD GEWÄHLT?

Jede Wählerin und jeder Wähler hat eine Stimme. Die kann entweder am Wahltag in einem Wahlbüro oder schon vorher durch Briefwahl abgegeben werden. Die Bürger treffen ihre Entscheidung geheim und ohne Zwang.

Jede Stimme zählt gleich viel. Je mehr Stimmen eine Partei bekommt, desto mehr Abgeordnete schickt sie ins Parlament.

WER KANN GEWÄHLT WERDEN?

Mit der Stimme werden nicht einzelne Politiker gewählt, sondern eine Liste mit Kandidaten. Diese Liste wurde vorher von den politischen Parteien festgelegt. In Deutschland werden auf diese Weise 96 Abgeordnete gewählt. Diese schließen sich dann oft mit den Abgeordneten aus anderen Staaten zusammen, die ähnliche Ziele verfolgen. *dpa*



mhn, 14.05.2019

Politiker und ihre Parteien

Politiker sind auch nur Menschen

VON DIETER SCHULZ
& KAY MÜLLER

Der frühe Vogel fängt bekanntlich den Wurm, weshalb Politiker selten ausschlafen. Und dann werden sie von Demonstranten trotzdem durchaus hart angegangen. Die Windkraftgegner vor dem Landeshaus hatten am frühen Mittwochmorgen jedenfalls ein paar Lieder mitgebracht:

„Volksvertreter, Volksvertreter, schläft Ihr noch?“, sangen sie. Was den zur Unterstützung seines Ministerpräsidenten **Daniel Günther** (r.) herbeigeeilten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, **Hans-Jörn Arp**, zu der Bemerkung veranlasste: „Wohl kaum, sonst wären wir ja nicht hier.“



+++

Politiker können auch nicht alles wissen. Das musste jetzt **Sandra Redmann** (SPD) erfahren, die mit einigen anderen Kollegen eine halbe Stunde zu spät zur Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses eintraf. Schuld waren Baustellen und viel Verkehr in Kiel. „Ich dachte, ich kenne eine tolle Abkürzung, musste dann aber erkennen, dass ich sie doch nicht kenne“, brachte die Genossin zu ihrer Verteidigung hervor. Die anderen Ausschuss-Mitglieder zeigten sich gnädig und verschoben den Tagesordnungspunkt, der Redmann besonders am Herzen lag, einfach nach hinten, so dass sie mitdiskutieren konnte.

+++

Politiker können nicht alles können – zumindest nicht mit Word-Dateien umgehen. Der FDP-Landtagsabgeordnete **Stephan Holowaty** verschickte ausgerechnet einen Änderungsantrag zum Datenschutzgesetz, bei dem die gesamte Kommentierung und die Nachfragen der Fraktionsmitarbeiter erhalten blieben. So erblickten Hilferufe wie „Laut Protokoll gemäß ULD-Vorschlag. Liegt mir nicht vor. Hat den jemand?“ das Licht der Büroflure. Dass Holowaty kurz zuvor in der Landtagsdebatte der politischen Konkurrenz IT-technische Inkompetenz unterstellt hatte – Schwamm drüber.

+++

Volksvertreter finden manchmal auch nicht sofort die richtige Formulierung. Das passiert selbst so erfahrenen Politiker-Hasen wie FDP-Landeschef **Heiner Garg**. Der erzählte jüngst von einer Veranstaltung in Kaltenkirchen (Kreis Segeberg), die er besucht hat – „also im Speckgürtel Hamburgs“. Dann korrigierte er sich: „Man kann ja auch Muskelring sagen.“ Am Ende fiel ihm noch dies ein: „Jetzt habe ich den richtigen Begriff: Hamburger Rand.“ Vielen Dank für die Präzisierung – wir hatten es aber auch schon vorher verstanden.



27.04.2018

Politiker und ihre Parteien

Eine schwere Entscheidung

Glückstädts Politiker stimmen über Formalitäten zur Abschiebehaftanstalt ab /Bürger sind zur öffentlichen Sitzung eingeladen

Von Christine Reimers

GLÜCKSTADT Die Glückstädter Politiker haben eine für sie unangenehme Entscheidung zu treffen. Sie müssen am Dienstag, 4. Juni, formal den Weg frei machen für die geplante Abschiebehaftanstalt des Landes. Denn sie entscheiden für einen neuen Flächennutzungsplan und einen neuen Bebauungsplan für das Areal der ehemaligen Kasernenanlage am Neuendeich. Wegen der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit findet die Sitzung ab 19 Uhr in der Mensa der Elbschule statt. Welche Vertreter vom Land kommen, konnte das Innenministerium noch nicht mitteilen. Unsere Zeitung bat die Glückstädter Rathaus-Parteien um ihre Haltung zu dem Thema.

CDU

„Die Abschiebehaftanrichtung ist vom Land beschlossene Sache. Sie wird kommen, ob wir Glückstädter Politiker ja sagen oder



Röhleder



Die Politiker beschließen einen neuen Bebauungsplan für das ehemalige Kasernengelände.

FOTO: CHRISTINE REIMERS

nein“, sagt **Kraft-Erik Rohleder**. Der Fraktionsvorsitzende der CDU glaubt: Würden die Politiker nein sagen, würde das Land das Areal von seinem jetzigen privaten Besitzer kaufen und dann machen können, was es wolle. „Dann hätten wir gar kein Mitspracherecht mehr.“

Ob sich die geplante Einrichtung für Glückstadt eventuell negativ auswirken wird, darüber will sich Rohleder heute kein Urteil bilden. „Wir müssen sehen, wie es

sich entwickelt.“ Er betont: „Es sind ganz normale Menschen, die dort untergebracht werden. Es sind keine Kriminellen.“ Das habe das Land zugesagt.

BFG

Die Sprecher der Bürger für Glückstadt (BFG) fordern die Glückstädter auf, die Sitzung am Dienstag zu besuchen. „Fragen gibt es bestimmt mehr



Hansen

als genug“, sagt BFG-Sprecher **Siegfried Hansen**. Er persönlich findet die Einrichtung moralisch verwerflich, wird aber den Änderungen zustimmen. „Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet solche Einrichtungen und da dürfen wir uns nicht verschließen.“

Auch BFG-Sprecherin **Birgit Steup** tut sich schwer: „Mir persönlich fällt es immer noch schwer, eine Abschiebehaftanrichtung für Glückstadt hinzunehmen. In meinen Au-



Steup

gen stellt diese Einrichtung im eigentlichen Sinne Freiheitsberaubung dar.“

DIE GRÜNEN

Die Grünen werden für die Änderungen stimmen, auch wenn die Einrichtung für sie in Punkto Menschenrechtsverletzungen ein Dilemma sind. „Die Stadt Glückstadt hat letztlich keine nennenswerten Chancen, die geplante Einrichtung zu



Rieck

verhindern“, sagt **Peer Rieck**, Sprecher der Grünen. „Die alleinige Zuständigkeit für die Einrichtung liegt bei der Landesregierung, die angehalten ist, diese Einrichtung aufgrund der Bundesgesetzgebung umzusetzen.“ Und: „Die Institution Abschiebehaft ist grundsätzlich sehr kritisch zu sehen. Hierbei ist zu beachten, dass Anträge zur Abschiebehaft kein Gerichtsverfahren oder Urteil benötigen, zeitgleich aber bis zu 18 Monate Inhaftierung beinhalten können. Wir, die Grüne Fraktion, möchten nicht, dass unschuldige Menschen von Glückstadt aus in eine ungewisse Zukunft oder unter Umständen in nicht sichere Länder abgeschoben werden. Zudem sprechen wir uns ganz klar gegen jede pauschale Kriminalisierung von Geflüchteten aus.“

Glückstadt ab. Das erklärt **Michael Seifert**, Sprecher der SPD. Es könne nicht sein, dass Menschen inhaftiert werden, die keine Straftaten begangen haben und von denen keine Gefahr ausgehe. „Das widerspricht den Grundsätzen einer freiheitlichen Gesellschaft.“ Ob eine Abschiebehaftanstalt in Glückstadt verhindert werden kann, dass sei noch unklar,



Seifert

sagt der SPD Ortsvorsitzende. Auf der anderen Seite begrüßt Seifert die Änderung des Bebauungsplanes. Denn neben der Abschiebehaftanstalt würde auf dem Areal mit 60 Einfamilienhäusern Wohnraum für junge Familien geschaffen. „Der geplante urbane Mix aus Gewerbe und Wohnbebauung ist richtig.“

FDP

„Die Freien Demokraten sehen in der Abschiebehaft ein legales und notwendiges Instrument zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit.“ Das sagt **Stefan Goronczy**, Ortsvorsitzender der Glückstädter FDP. „Die Abschiebehaftanstalt wird nicht von der Stadt, sondern vom Land Schles-



Goronczy

wig-Holstein betrieben werden“, betont der Liberale. „Somit liegt auch die Entscheidung, wie der Betrieb gestaltet wird, beim Land.“

**EINRICHTUNG DREIER BUNDESLÄNDER
60 Plätze geplant**

Dezember 2017: Die Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und die Hansestadt Hamburg haben sich geeinigt, künftig eine gemeinsame Abschiebehaftanrichtung in Glückstadt zu betreiben. Standort ist die ehemalige Kasernenanlage, die einem Bauinvestor gehört. Verantwortlich für den Betrieb wird das Land Schleswig-Holstein sein, die Einrichtung soll für insgesamt 60 Plätze ausgelegt werden.

September 2018: Die Kirche lädt Bürger zu einem Dialog zu dem Thema ein.

November 2018: Bekanntge-

geben wird, welche Gebäude auf dem ehemaligen Kasernengelände für die Haftanrichtung genutzt werden: Das Torhaus und die dahinterliegenden vier Gebäude. Diese Häuser seien bereits weitgehend für die geplante Nutzung hergerichtet und müssen nur angepasst und ergänzt werden. Geplant sind 50 Landesmitarbeiter für den Vollzug und 50 Mitarbeiter für einen privaten Wachdienst.

März 2019: Die Landesregierung hat das neue Abschiebehaftgesetz beschlossen. Demnach können auch Kinder inhaftiert werden.

01.06.2019

Koalition, Regierung und Opposition

1. Häufig fallen in den Artikeln deiner Tageszeitung im Zusammenhang mit Politik die Begriffe Koalition, Regierung und Opposition. Erkläre, was sie bedeuten.
2. Lies dir die vorliegenden Artikel sorgfältig durch und ordne die genannten Politiker sowie ihre Parteien der Regierung bzw. der Opposition zu.

KOALITION	REGIERUNG	OPPOSITION

Koalition, Regierung und Opposition

Vierer-Bündnis will die Stadt regieren

CDU, Grüne, FDP und SSW legen gemeinsame Ziele in einem Positionspapier fest / SPD und Linke bleiben außen vor

Von Dirk Jennert

RENSBURG Was im Landtag vor einem Jahr etabliert wurde, dürfte in der Rendsburger Stadtpolitik ebenfalls salonfähig werden – sogar mit einem Bonus: CDU, Grüne und FDP haben für die neue Wahlperiode ein Jamaika-Bündnis geschmiedet. Im

Gegensatz zu Kiel sitzt der SSW mit im Boot, wie Fraktionschef Andreas Vollstedt bestätigt. Mit 20 von 31 Sitzen verfügt die Allianz über eine solide Mehrheit.

Seit knapp vier Wochen wird in vertraulich tagenden Kreisen über die künftige Zusammenarbeit gesprochen. Nach außen ist auffallend wenig gedrungen, was ein Indiz dafür sein könnte, dass man eine neue Form des Miteinanders anstrebt: Schluss mit den Grabenkämpfen über alle Fraktionen hinweg. Stattdessen lautet die neue Maxime, eine konstruktive Politik anzustreben, die sich an Sachthemen orientiert. Ein Desaster wie bei der Endlosdebatte über die Fahrradstation am Bahnhof dürfte sich nicht wiederholen, sagt Andreas Vollstedt. Alle an der Allianz beteiligten Fraktionen seien gewillt, die Probleme der Stadt zu lösen anstatt sie zu vertagen. Thomas Krabbes, einer der CDU-Verhandlungsführer und seit Montag für das Stadtpräsidentenamt nominiert, äußert sich ähnlich. „Die harmonischen Gespräche waren

von einem Aufbruchwillen geprägt.“ Frithjof Wilken (FDP) sagt: „Es hat keinen Krach gegeben.“ Die künftigen Partner haben ein Positionspapier erarbeitet.

Außen vor bleiben bei der neuen Allianz die Sozialdemokraten und die Linke. SPD-Fraktionschef René Sartorius sieht dennoch Chancen, sozialdemokratische Ziele zu verwirklichen. Es gebe viele Übereinstimmungen mit anderen Parteien. Sartorius ist überzeugt: Wenn die SPD gute Vorschläge unterbreitet, werden sich dafür Mehrheiten finden. Was die künftige Allianz angeht: „Das



„Für den Fall, dass wir unterschiedlicher Meinung sind, schaffen wir eine Schlichtungsstelle.“

Andreas Vollstedt
Vorsitzender der SSW-Fraktion

bereitet. Es sei nur ein Entwurf, heißt es. Einige Punkte darin klingen nach Minimalkonsens („Bebauung Eiderkaserne voranbringen“, „Attraktivitätssteigerung der Hohen Straße“), bei anderen Themen wird man konkreter, insbesondere bei der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Das Controlling soll strenger ausfallen als bisher. Unter anderem werden Bürgermeister Pierre Gilgenast und seine Mitarbeiter in die Pflicht genommen, regelmäßig den aktuellen Bearbeitungsstand von Beschlüssen darzustellen. Zudem will die Koalition Stellen in der Ver-

waltung abbauen, um den Etat zu konsolidieren. Dies soll über eine Wiederbesetzungssperre geschehen, die nur im Ausnahmefall vom Senat aufgehoben werden kann.

Außen vor bleiben bei der neuen Allianz die Sozialdemokraten und die Linke. SPD-Fraktionschef René Sartorius sieht dennoch Chancen, sozialdemokratische Ziele zu verwirklichen. Es gebe viele Übereinstimmungen mit anderen Parteien. Sartorius ist überzeugt: Wenn die SPD gute Vorschläge unterbreitet, werden sich dafür Mehrheiten finden. Was die künftige Allianz angeht: „Das

Problem bei den Themen liegt im Detail. Da zeigt sich, ob das Bündnis hält.“ SSW-Ratscherr Andreas Vollstedt ist sich indes sicher, dass die Zusammenarbeit nicht auf tönernen Füßen steht. „Für den Fall, dass wir unterschiedlicher Meinung sind, schaffen wir eine Schlichtungsstelle.“ Das wurde auch in dem Positionspapier festgehalten. Darin heißt es: „Es ist wichtig, dass sich die Kooperationspartner auf verbindliche Ziele und ein Klärungsverfahren bei Meinungsunterschieden festlegen, bevor die Themen in den Ausschüssen behandelt werden.“

SPD VERÄRGERT ÜBER DIE CDU

Bereits vor der konstituierenden Sitzung des Rates am Dienstag, 12. Juni, hängt der Haussegen zwischen SPD und CDU schief. Die Sozialdemokraten ärgern sich darüber, dass sie über die Nominierung von Thomas Krabbes für das Amt des Stadtpräsidenten nicht offiziell informiert worden sind. „In Sachen Kommunikation ist das ein echter Fehlstart“, so der am Montag von seiner

Fraktion einstimmig im Amt bestätigte Vorsitzende René Sartorius. Er gehe zwar davon aus, dass die SPD keinen Gegenkandidaten aufstellen werde. Das bedeute aber nicht, dass alle Genossen Krabbes wählen wollen: „Dafür hat er zu sehr einen Wahlkampf gegen die SPD gemacht.“



Sartorius deutete aber nicht, dass alle Genossen Krabbes wählen wollen: „Dafür hat er zu sehr einen Wahlkampf gegen die SPD gemacht.“

06.06.2018

Koalition, Regierung und Opposition

Dicke Brocken für die Groko

Womit sich die Regierung in den kommenden Monaten beschäftigen muss

BERLIN Das Ende der Sommerpause rückt näher: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist aus dem Urlaub zurückgekehrt – und es wartet viel Arbeit: Morgen steht eine Sitzung des Koalitionsausschusses an, und drei Wochen später beginnt wieder der Bundestagsbetrieb. Für die Große Koalition stehen damit schwierige Diskussionen über gleich eine ganze Reihe von Themen an.

Grundrente

Dass die Grundrente für Geringverdiener mit vielen Beitragsjahren kommen soll, ist bei SPD und Union unstrittig und im Koalitionsvertrag vereinbart. Doch anders als dort festgehalten sieht der Gesetzentwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) keine Bedürftigkeitsprüfung bei den möglichen Beziehern der Sozialleistung vor. CDU und CSU bestehen aber darauf, Zuletzts deuten die Unionspolitiker Entgegenkommen an.

Klimaschutz

Am 20. September will die Bundesregierung ein Paket zum Klimaschutz verabschieden. Vorschläge gibt es reichlich, von der CO₂-Steuer über höhere Abgaben auf Fleisch, PS-stärke Autos oder Flugtickets bis hin zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahnfahrten im Fernverkehr – doch Konsens gibt es bisher kaum. Der Druck ist hoch, gerade wegen der Fridays-for-Future-Bewegung und des jüngsten Berichts des Weltklimarats. Ziel des geplanten Klimapakets ist das Erreichen der Klimaziele für 2030.

Soli-Abbau

Unstrittig ist in der Koalition, dass der Soli abgebaut werden soll – beim Umfang des Abbaus gibt es allerdings Streit. Die Union dringt auf eine komplette Streichung, die SPD will die Abgabe zumindest für Spitzenverdiener beibehalten. Finanzminister Olaf Scholz von der SPD und Wirtschaftsminister Peter Altmaier von

der CDU haben dazu jeweils eigene Gesetzentwürfe vorgelegt. Anders als Scholz sieht Altmaiers Entwurf eine restlose Streichung bis 2026 vor.

Sicherheit

Nach einigen aufsehenerregenden Gewalttaten will Innenminister Horst Seehofer (CSU) das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verbessern. Unter anderem sollen die Sicherheitsvorkehrungen an Bahnhöfen erhöht werden. Außerdem will Seehofer bis September ein Konzept für „intelligente Kontrollen“ an der Grenze zur Schweiz vorlegen. Dieses Vorhaben stößt auf viel Kritik.

Grundsteuer

Bis zum Jahresende muss laut Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts eine Reform der Grundsteuer beschlossen sein – andernfalls fällt diese wichtige Einnahmequelle der Kommunen weg. Nach langen Debatten beschloss die Regierung ein Konzept von Finanz-

minister Scholz, von dem die Länder aber abweichen dürfen. Für die Reform ist allerdings eine Grundgesetzänderung nötig, für die Schwarzrot mit der Opposition reden muss.

Haushalt

Gleich die erste Bundestagswoche nach der Sommerpause ist komplett dem Haushaltsentwurf für 2020 gewidmet. Ein schwieriger Punkt dabei: die Verteidigungsausgaben. Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) bekennt sich zum Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dafür auszugeben. Die SPD sieht das kritisch. Im Budgetentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sinkt die Quote sogar von 1,37 Prozent im nächsten Jahr auf 1,24 Prozent 2023. Hinzu kommt, dass die noch nicht beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen später in den Haushalt eingearbeitet werden müssen.

Wohnen und Mieten
Knapp ein Jahr nach den Beschlüssen des Wohnungsgipfels sind steigende Mieten vor allem in Ballungsräumen weiterhin ein großes Problem. Angeheizt wurde die Debatte zuletzt von neuen Zahlen: Demnach ist die Zahl der Sozialwohnungen im vergangenen Jahr zurückgegangen. Zugleich wurden im ersten Halbjahr 2019 weniger Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt als im Vorjahreszeitraum.

Paragraf 219a

Ein halbes Jahr nach dem mühsam errungenen Koalitionskompromiss zum Strafrechtsparagrafen 219a, der „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ verbietet, bringen SPD-Politiker erneut eine Abschaffung ins Spiel. Hintergrund ist die Liste von Abtreibungsärzten, die nach der Reform von der Bundesärztekammer aufgestellt wurde. Hier sind nur wenige Mediziner verzeichnet. AFP

17.08.2019

Koalition, Regierung und Opposition

Heftige Kritik an geplanter Bafög-Reform

BERLIN Mehr bedürftige Studenten und Schüler als bisher sollen vom Bafög profitieren. Die Fördersätze sollen zum Wintersemester zudem spürbar steigen. Bei der ersten Beratung der Bafög-Reform im Bundestag verteidigte die Koalition ihre Pläne gegen Kritik der Opposition. „Jeder junge Mensch soll die Chance auf-

te Bildung haben“, versprach Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU).

Die Koalition nehme die Mitte in den Blick, so die Ministerin. Denn viele Familien, die nur knapp über den Einkommensgrenzen für die Förderung lägen, würden nun zusätzlich profitieren. In den vergangenen Jahren

war die Zahl der Geförderten immer weiter gesunken.

Der Förderhöchstsatz soll von heute 735 Euro auf 861 Euro im Jahr 2020 steigen. Der Grundbedarf soll zunächst um fünf und dann noch einmal um zwei Prozent erhöht werden. Der Wohnzuschlag für nicht bei den Eltern wohnende Studenten soll von

250 auf 325 Euro steigen. Mehr junge Menschen sollen dadurch vom Bafög profitieren, dass die Freibeträge für das Einkommen der Eltern bis 2021 schrittweise um 16 Prozent angehoben werden.

Die Opposition kritisierte die Reform und legte teils eigene Vorschläge vor. So plädierte der AfD-Abgeordnete

Götz Frömming dafür, den Bafög-Empfängern die Darlehensschuld bei besonders guten Leistungen zu erlassen. Die Pläne seien „ein längst überfälliger Inflationsausgleich“, kritisierte der FDP-Abgeordnete Jens Brandenburg. Die FDP will eine Förderung unabhängig vom Einkommen der Eltern. *dpa*

06.04.2019

Gewerkschaften

Während der Zeitungslektüre wirst du immer wieder auf Artikel stoßen, in denen von Gewerkschaften, Tarifkonflikten, Streik bzw. Arbeitskampf usw. die Rede ist. Finde anhand der hier abgedruckten und von dir zu diesem Thema gesammelten Artikel Antworten auf die folgenden Fragen:

1. Welche Gewerkschaften gibt es?
2. Wen vertreten die Gewerkschaften?
3. Wofür setzen sich Gewerkschaften ein?

13 Kitas bleiben zu

Viele Erzieher machen am Donnerstag beim ganztägigen Warnstreik mit

SCHWERIN Herber Schlag für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern: 13 Einrichtungen der Schweriner Kita gGmbH machen am Donnerstag mit beim ganztägigen Warnstreik, zu dem die Gewerkschaft Verdi aufgerufen hat. Einige dieser Kitas haben Notgruppen organisiert, andere nicht. „Die Verantwortung, wer mitmacht beim Streik, ob und wie Notgruppen organisiert werden, liegt bei den Einrichtungsleitern“, betont Geschäftsführerin Anke Preuß. „Das ist keine Team-Entscheidung.“

Seit gestern Nachmittag hat sie die Liste der bestreikten Einrichtungen vorliegen: Keine Kinder werden am Donnerstag betreut in den Kitas Rappelkiste, Pumuckl, Gänseblümchen, Löwenzahn, Kirschblüte, Wirbelwind und der Sportkita Jean Sibelius. Die Plappermäulchen dürfen die Notgruppe in der Kita Reggio Emilia besuchen. Auch die streikt, bietet aber bei Bedarf Notbetreuung an. Ebenso verfahren die Märchenkita, die Waldgeis-

ter, das Haus Sonnenschein und Nidulus duo. Nicht gestreikt wird am Donnerstag in der Naturkita, bei den Feldstadtmäusen, den Future Kids, in der Anne-Frank-Kita und Nidulus. Der City-Hort, der Reuter-Hort, der Freizeit-Hort und die Heinekids bleiben ebenfalls regulär geöffnet. „134 von unseren rund 300 Mitarbeitern wollen Donnerstag in Streik tre-

ten“, sagt Anke Preuß.

Im aktuellen Tarifstreit des Öffentlichen Dienstes fordert Verdi unter anderem sechs Prozent mehr Lohn und Gehalt. Ende März hatten bereits 80 Mitarbeiter des Stadthauses gestreikt, allerdings nur für wenige Stunden am Vormittag. Ganztägige Kita-Streiks erlebten Schweriner Eltern zum letzten Mal im Jahr 2015. *mara*



Dieses Bild könnte sich wiederholen: Die Mitarbeiter der Waldgeister streikten 2015 und sind auch diesmal dabei. FOTO: KAWI

mhn, 10.04.2018

Gewerkschaften

Einbußen für 430 Reinigungskräfte befürchtet

Vor den Tarifverhandlungen: Gewerkschaft IG Bau Holstein droht mit Arbeitsniederlegungen in Neumünster

NEUMÜNSTER Weniger Urlaubstage, gestrichene Zuschläge, Arbeit auf Abruf: Einem Großteil der 430 Reinigungskräfte in Neumünster drohten ab sofort massive Einbußen, befürchtet die Gewerkschaft IG Bau und ruft die Beschäftigten dazu auf, Einschnitte nicht hinzunehmen.

„Aktuell legen viele Chefs ihren Mitarbeitern neue Arbeitsverträge zu deutlich schlechteren Konditionen vor. Die sollte keiner unterschreiben“, warnt Ralf Olschewski von der IG Bau Holstein. Sollten die Arbeitgeber bei dieser Praxis bleiben und die anstehenden Tarifverhandlungen blockieren, dürfte die Reinigungsbranche einen „heißten Sommer“ erleben. „Auch in Neumünster könnten dann Schulen, Büros und auch Krankenhäuser schmut-

zig bleiben“, sagt Ralf Olschewski. Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks hat den Rahmentarifvertrag für die Branche zum 31. Juli gekündigt. Bevor die Gewerkschaft und Arbeitgeber am 15. August über einen neuen Vertrag verhandeln, sollen – so befürchtet die Gewerkschaft – in der Zwischenzeit die Standards gedrückt werden. „Statt bisher 28 oder 30 Tagen Urlaub sollen Beschäftigte jetzt das gesetzliche Minimum von 20 Tagen hinnehmen. Zuschläge für Überstunden oder besondere Aufgaben – wie etwa die OP-Reinigung – werden in den neuen Arbeitsverträgen eingekürzt oder ganz gestrichen“, berichtet Olschewski. Gehe es nach dem Willen einiger Firmen, dann sollen



FOTO: IG BAU

Reinigungskräfte sind auf jeden Euro angewiesen.

Beschäftigte, die bislang feste Arbeitszeiten hatten, künftig auf Abruf arbeiten, befürchtet die Gewerkschaft. „Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen müssen“, kritisiert die IG Bau. Gerade Frauen seien von den Kürzungen betroffen. Eine Reinigungskraft, die Vollzeit rund 1300 Euro netto verdient,

ne, habe schon jetzt große Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Ein Großteil der Beschäftigten hat nur einen Teilzeit- oder Minijob. „Da wird es am Monatsende

teilung der IG Bau.

03.08.2019

Zeitgeschichtliche Themen – 9. November 1989

Du weißt sicherlich, dass der 9. November ein Tag mit besonderer historischer Bedeutung ist. Im Jahr 1989 wurden an diesem Tag die Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland geöffnet. In den Medien, so auch in deiner Tageszeitung, findest du ganz bestimmt Meldungen, die an dieses Ereignis erinnern.

- Suche einige Artikel zu diesem Thema aus der Zeitung heraus und versuche anhand dieser kurz darzustellen, was sich damals ereignet hat.

9. November 1989: Großartigster Moment der Nation

Seit einer Churchill-Rede aus dem Jahr 1940 hat sich die Formulierung „finest hour“ weltweit als Chiffre für den großartigsten Moment in der Geschichte einer Nation durchgesetzt. Dass Deutschlands „finest hour“ friedlich herbeirevolutioniert worden ist, steht uns mit Blick auf die beiden vom Wilhelminischen beziehungsweise „Dritten“ Reich angezettelten Weltkriege besonders gut zu Gesicht. Angestachelt vom Leid kollektiven Eingesperrtseins, ja: der Verletzung sämtlicher Menschenrechte, treiben der Druck der massenhaften Republikflucht und die immer gigantischeren Demonstrationenaufmärsche der Bürgerrechtsbewegung die SED-Führung am 9. November 1989 dazu, die Grenzübergänge an der Berliner Mauer in Richtung Westen zu öffnen.

Sicherlich, 20 Jahre später muss man, um die Großartigkeit jenes Abends noch einmal spüren zu können, die deutsch-deutsche Geschichte seit der „Wende“ entkernen. Entkernen von all den in der Einheitseuphorie geschürten Illusionen einer zügigen Anpassung des Lebensstandards-Ost an den der „alten Bundesländer“. Entkernen aber auch vom Gefühl der Westdeutschen, als Dank für milliardenschwere Transferleistungen Feindseligkeit und ostalgisches Wahlverhalten zu ernten. Wenn man den 9. November 1989 allerdings vom bitteren Nachspiel der – noch immer nicht vollzogenen – „inneren Einheit“ entkoppelt hat, kommt nicht weniger als unsere „finest hour“ zum Vorschein. In Gestalt einer bewegenden, in seiner Plötzlichkeit kaum fassbaren nationa-

len Wiederscheinsfeier. In Gestalt eines trotz der vier Jahrzehnte staatlicher Teilung tief empfundenen Zusammengehörigkeitsgefühls, das sich in der Umwandlung der Leipziger Parole „Wir sind das Volk!“ in „Wir sind ein Volk!“ punktgenau widergespiegelt hat.

Kein Zweifel: Der 9. November 1989 ist auch für die Mehrheit der postnational sozialisierten Deutschen der definitiv emotionalste und beglückendste Moment der Nachkriegsgeschichte gewesen. Und wer weiß, vielleicht gelingt es der wiedervereinigten Republik nach all den gegenseitigen Verletzungen seit der „Wende“ noch, das letzte Kapitel deutsch-deutscher Geschichte aufzuschlagen. Das Kapitel der „inneren Einheit“.

JAN-HENDRIK DANY

01.10.2009

Zeitgeschichtliche Themen – 9. November 1938

Der 9. November ist in mehrfacher Hinsicht ein historisches Datum, das nicht nur mit positiven Ereignissen wie dem Mauerfall verknüpft ist. Am 9. November 1938 ereignete sich die Reichspogromnacht. In der Zeitung wird durch zahlreiche Artikel jedes Jahr daran erinnert.

- › Suche einige Artikel heraus und beschreibe anhand dieser, was am 9. November 1938 genau geschehen ist. Sammle auch weitere Informationen, zum Beispiel aus Lexika, Geschichtsbüchern, dem Internet usw.

Zeitgeschichtliche Themen – 9. November 1938

Als die SA den „Volkszorn“ mimte

Brand der Osnabrücker Synagoge: Wie milde die Drahtzieher bestraft wurden

Von Joachim Dierks

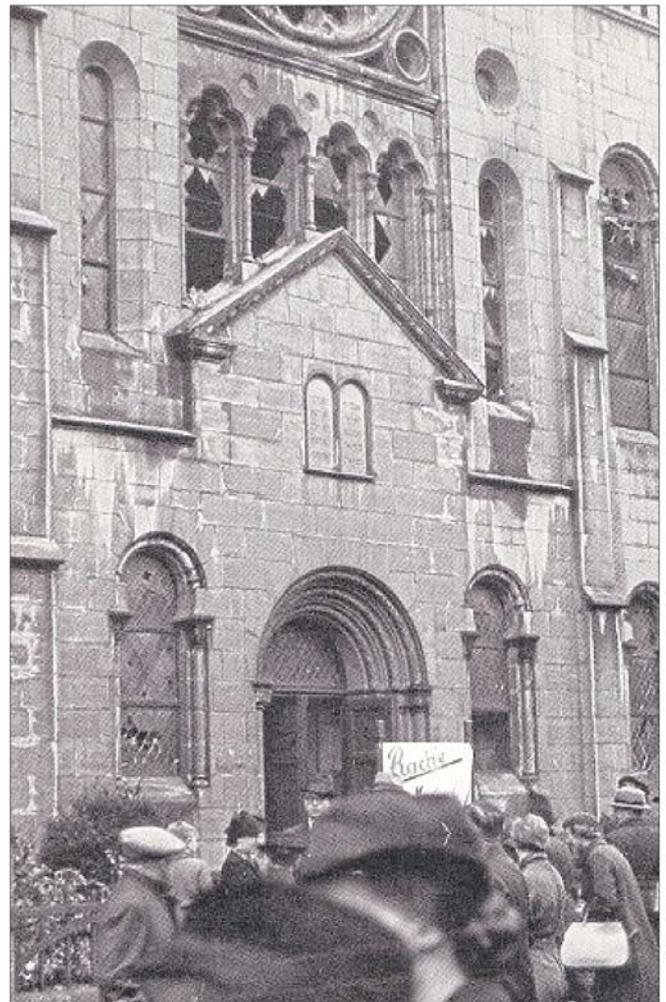
OSNABRÜCK In der Nacht zum 10. November 1938 stand auch in Osnabrück die Synagoge der jüdischen Gemeinde in Flammen. Die von der SA angezettelte Brandstiftung vor 81 Jahren markierte auch in Osnabrück den Übergang von der Diskriminierung zur offenen Verfolgung. Die Justiz der jungen Bundesrepublik tat sich 1949 sichtlich schwer mit der juristischen Aufarbeitung des Verbrechens.

Die „Reichspogromnacht“, der in Deutschland rund 1400 Synagogen und zahllose jüdische Wohnungen und Geschäfte zum Opfer fielen, wurde von der NS-Propaganda als „spontaner Ausbruch des Volkszorns“ dargestellt, der damit auf die Ermordung des deutschen Diplomaten Ernst

gerettet werden durfte. Das ist erklärlich, denn die gesamte SA hatte Befehl, in Zivil anzutreten, um „Volkszorn zu spielen“, wie es in Gerichtsakten von 1949 heißt.

In Verdacht geriet der Uhrmacher Erwin Kolkmeier (1899–1961). Der Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Osnabrück-Altstadt galt in vielen Zeugenaussagen als der „vehementeste und aktivste Judenhasser Osnabrücks“. So ließ er etwa Osnabrückerinnen fotografieren, die in jüdischen Geschäften einkauften, und stellte die Fotos anschließend, nach Art eines Prangers, in einem Schaukasten neben seinem Uhrengeschäft an der Georgstraße aus.

Kolkmeier war SA- und zeitweise auch SS-Mitglied. Er konnte sich 1945 noch vor dem Einmarsch der Briten absetzen und tauchte als landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter unter. 1947 griff man ihn in einem Dorf bei Heilbronn auf. In der Internierungshaft unternahm er einen erfolglosen Selbstmordversuch. Im Mai 1948 verurteilte ihn das Schwurgericht Recklinghausen zu zwei Jahren Gefängnis. Das aber nicht wegen des Synagogenbrandes in Osnabrück, sondern weil er ein Mitglied des als verbrecherisch eingestuften Führungskorps von NS-Organisationen gewesen war.



Die ausgebrannte Synagoge in der Rolandstraße am Morgen des 10. November 1938. Vor dem Eingang halten SA-Leute ein Schild hoch mit der Aufschrift: „Rache für Mordsache vom Rath! Tod dem internationalen Judentum!“.

Foto: Karl Ordelleide, Archiv Museumsquartier Osnabrück.



SERIE

Zeitreise

Eduard vom Rath durch einen Juden reagiere. In Wahrheit war es eine reichsweit inszenierte Gewaltaktion, die die

Zeitgeschichtliche Themen – 9. November 1938

„Arisierung“, also die Zwangsentzignung jüdischen Besitzes, beschleunigen sollte, um damit letztlich die deutsche Aufrüstung zu finanzieren. Historiker sehen in den Übergriffen auch eine Art Testlauf des Regimes, inwieweit die Mehrheitsbevölkerung die nächste Stufe der antijüdischen Maßnahmen tolerieren oder gar unterstützen würde.

Zentral gesteuert

Auch wenn eine aktive Täterschaft in den späteren Prozessen stets gelehnet wurde: Die Osnabrücker Synagoge geriet natürlich nicht von alleine in Brand. Wer also griff zum Streichholz? Jedem Denkenden wurde schnell klar, dass es nicht irgendwelche anonymen Volksgenossen aus einem spontanen Zornesausbruch heraus waren, sondern dass eine zentral aus Berlin gesteuerte Aktion dahintersteckte. Nach dem Krieg veröffentlichte Akten belegen den Befehlsweg aus dem Reichspropagandaministerium an untergeordnete Behörden, Gauleiter und Gestapostellen.

Männer in Uniform wurden in Osnabrück wohl bei der Plünderung jüdischer Geschäfte gesehen, nicht aber an der brennenden Synagoge, die von der Feuerwehr nicht

Der eigentliche Synagogenbrandprozess begann im Dezember 1949. Verhandlungsort war die Kantine des städtischen Fuhrparks an der Jahnstraße, weil der Schwurgerichtssaal im Justizgebäude am Neumarkt noch nicht wiederhergestellt war. Wegen des Synagogenbrandes, der Verhaftung und Misshandlung jüdischer Bürger, der Plünderung jüdischer Geschäfte und der Deportation jüdischer Männer ins KZ Buchenwald waren neben Kolkmeier auch der NSDAP-Kreisleiter Wilhelm Münzer, Polizeidezernent Rudolf Arnoldi und sechs weitere Funktionsträger angeklagt.

Sie bestritten jedwede aktive Beteiligung. Kolkmeier sagte, er sei lediglich zur Rolandstraße gegangen, um zuzusehen, was dort geschah – wie viele andere neugierige Osnabrücker auch. „Ich war erschüttert von dieser Tat“, meinte er mit zitternder Stimme, „schließlich war es doch eine Kirche“. Seine durch Zeugen bewiesene Anwesenheit im Innern der Synagoge erklärte er so: Er habe die auf einer goldenen Tafel an einer Wand angebrachten Zehn Gebote betrachten wollen.

Zeugen bedroht

Willi Münzer behauptete, an ihn sei weder ein Befehl



Erwin Kolkmeier, Ortsgruppenleiter, schreitet 1935 die Front angetretener SA-Männer ab.

Foto: Emil Harms, Archiv Osnabrück



Willi Münzer war im Jahr des Synagogenbrandes NSDAP-Kreisleiter für den Bereich Osnabrück-Stadt.

Foto: Koltzenburg, Archiv NOZ

zur Brandlegung ergangen noch habe er einen solchen erteilt. Von der ganzen Sache will er erst am nächsten Morgen von seiner Haushälterin gehört haben.

Der Berichterstatter der „Nordwestdeutschen Rundschau“ resümierte nach Schluss der Beweisaufnahme sarkastisch: „Nach den bisherigen Aussagen der Angeklagten und vieler geladener Zeugen muß der Schluß gezogen werden, die Synagoge sei durch Selbstentzündung oder am Ende gar durch die Juden selbst in Brand gesetzt worden.“

Viele Prozessbeobachter bemerkten, dass sich die Zeugen großer Zurückhaltung befleißigten und reihenweise einknickten. Die Vermutung einer Beeinflussung durch noch aktive Nazi-Kreise stand im Raum. Der Vorsitzende sagte während der Verhandlung: „Ich erkläre hier in aller Öffentlichkeit, daß die Zeugen mit ihren Aussagen bewußt zurückhalten.“

Die Hausangestellte, die jüdische Kultgegenstände in Kolkmeyers Luftschuttkeller gesehen haben wollte, verstrickte sich bezüglich der Datierung in Widersprüche.

Zeitgeschichtliche Themen – 9. November 1938



Fotograf Koltzenburg, der im Ermittlungsverfahren noch angegeben hatte, von Kolkmeier den Auftrag erhalten zu haben, die brennende Synagoge zu filmen, wollte sich nun nicht mehr festlegen.

So konnte das Gericht Kolkmeier die aktive Brandstiftung schließlich nicht zur Last legen. Die Verurteilung basierte stattdessen auf der Feststellung, dass die planmäßige Brandlegung von ihm als solche erkannt worden sei. Er sei nicht eingeschritten, als das Gotteshaus brannte, sondern habe die Tat durch seine Anwesenheit als politische Person sanktioniert.

Geringe Strafen

Wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit, Landfriedensbruchs, Freiheitsberaubung und gefährlicher Körperverletzung“ ergingen am 16. Dezember 1949 folgende Urteile: Kolkmeier, SA-Truppenführer Knopf und SS-Untersturmführer Wachsmann je zehn Monate Gefängnis, Arnoldi neun Monate, SD-Außenstellen-Leiter Meyer sieben Monate, SA-Scharführer Kelterborn vier Monate, SA-Männer C. und F. Schröder je drei Monate. Münzer wurde freigesprochen.

Kolkmeier stand noch in weiteren Verfahren vor Gericht, so wegen der Misshand-

lung des Journalisten Burgdorf und der Besetzung des Gewerkschaftshauses 1933. In Widerspruchsverfahren wurden die zunächst ausgeurteilten Strafen teils ermäßigt oder aufgehoben. Seine Prozesse hatte Kolkmeier mit insgesamt knapp drei Jahren Haft verhältnismäßig glimpflich überstanden. Das Entnazifizierungsverfahren verließ er schließlich in der Kategorie III als „Minderbelasteter“. Damit war ihm eine leitende Funktion in der Wirtschaft verwehrt. Man behalf sich damit, dass die Ehefrau das zerstörte Geschäft im Herbst 1950 in einem Behelfsbau neu eröffnete und offiziell führte. Erwin Kolkmeier arbeitete darin bis zu seinem Tod im Jahr 1961 als angestellte Hilfskraft.

Nachgewiesene Brandstiftung ist ein Verbrechen, auf das bis zu zehn Jahre Freiheitsstrafe stehen. Der Historiker Sebastian Weiskamp kommt zu dem Schluss, dass der Osnabrücker Synagogenbrandprozess aus heutiger Sicht nur als Farce bezeichnet werden kann. Schuld daran habe zu großen Teilen das gesellschaftliche Klima jener Zeit gehabt. Das Gericht habe den Entlastungstendenzen der Zeugen aufgrund von Bedrohungen nichts entgegenzusetzen gehabt.

NOZ, 09.11.2019